

Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit

von Ingolfur Blühdorn

Umweltsoziologische Überlegungen im Zeichen des Virus

Bei dem folgenden Text handelt es sich um die überarbeitete Fassung des Vorworts zur 2., aktualisierten Auflage des Buchs "Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit", die im Juni 2020 bei Transcript erscheint. Wir danken dem Autor und dem Verlag für die freundliche Genehmigung zur Veröffentlichung. - Die Red.

Die erste Verunsicherung ist verflogen; die ersten Hoffnungen auch. Der anfängliche Schulterschluss, die neue Solidargemeinschaft, der einmütige Verteidigungskonsens im Angesicht der unkalkulierbaren Bedrohung durch das neuartige Virus sind ebenso schnell zerfallen, wie sie sich zuvor gebildet hatten. An ihrer Stelle entfalten sich jetzt bittere Kontroversen zwischen Kritikern des staatlich verordneten Shutdowns und denen, die die Entschlossenheit der Regierung loben. Heftiger denn je sind die Interessenkonflikte und Verteilungskämpfe zurück: Die Auto-, Luftfahrt-, Tourismus- oder Agrarindustrie fordern steuerfinanzierte Milliardenunterstützung vom Staat; Klima- und Nachhaltigkeitsaktivisten hingegen deuten die Anti-Corona-Politik als *Yes, we can!* und verlangen vom Staat, dass er nun mit gleicher Entschiedenheit gegen den Klimanotstand und die sozial-ökologische Nicht-Nachhaltigkeit vorgeht. Dafür allerdings scheinen die Vorzeichen nicht sehr günstig zu stehen. Denn Zeitungen berichten unter Schlagzeilen wie *Anstellen für die neue Freiheit* vom Ansturm konsumhungriger Massen auf die wiedereröffneten Einkaufszentren; und Wirtschaftsvertreter fordern auf breiter Front, dass klima- und nachhaltigkeitspolitische Maßnahmen nun ausgesetzt oder zumindest zurückgestellt werden müssten. Die ökonomischen Auswirkungen der Pandemie werden zum großen Vorwand für eine neuerliche Fokussierung auf Wirtschaftswachstum und Konsumstimulation. Die noch vor kurzem als höchst dringend bezeichneten Ziele einer nachhaltigkeitsorientierten Agrar-, Energie- oder Verkehrswende hingegen rücken in weite Ferne.

Doch obwohl die Corona-Pandemie das Klima- und Nachhaltigkeitsthema tatsächlich auch längerfristig marginalisieren könnte, besteht auch die Möglichkeit, dass sie dem Projekt der sozial-ökologischen Transformation neuen Auftrieb verleiht - nicht zuletzt deshalb, weil dessen weitere Verzögerung *de facto* bedeuten

würde, dass sich das ohnehin nur sehr kleine Zeitfenster, das nach Auskunft von Klimawissenschaftler*innen noch bleibt, um eine katastrophale Erderwärmung abzuwenden, endgültig schließt. Umso dringender stehen die Umwelt- und Nachhaltigkeitssoziologie vor der Aufgabe zu erkunden, wie sich die Pandemie auf die Klima- und Nachhaltigkeitspolitik auswirken wird. Natürlich sind die Sozialwissenschaften gegenwärtig weit entfernt davon, diese Frage auch nur halbwegs sicher einschätzen zu können. Fest steht aber bereits: Auch wenn derzeit überall von Lockerungsschritten und vermeintlicher Normalisierung die Rede ist, eine Rückkehr zum *status quo ante* wird es nicht geben. Und in der viel zitierten *neuen Normalität*, die sich inzwischen herausbildet, scheint sich die wohlbekannt Resilienz der Nicht-Nachhaltigkeit ein weiteres Mal zu bestätigen. Damit spitzt sich die Frage noch einmal zu, warum die von Umweltbewegungen, Klimawissenschaft und Nachhaltigkeitsforschung schon seit Jahrzehnten dringend geforderte sozial-ökologische Transformation selbst im Zeichen einschneidender gesellschaftlicher Krisen und trotz vielfältiger ökologischer Bekenntnisse letztlich immer noch nicht stattfindet.

Im Folgenden werden zunächst einige zentrale Parameter ausgeleuchtet, die den Corona-Notstand zu einer klima- und nachhaltigkeitspolitisch höchst außergewöhnlichen Konstellation machen. Daran anschließend werden die großen Hoffnungen, die gerade in der ersten Phase der Krise auch von soziologischer Seite artikuliert wurden, in einen breiteren Kontext gestellt, der die große Klimapolitisierung vor Corona, den Koste-es-was-es-wolle-Ansatz vieler Regierungen beim Corona-Management, diese Hoffnungsnarrative selbst sowie auch die nun vermehrt vorgetragene Kritik an der als maßlos überzogen dargestellten Shutdown-Politik in einem veränderten Licht erscheinen lässt.

Ein nachhaltigkeitspolitisches Gelegenheitsfenster

2019 war ein Jahr klimapolitischer Mobilisierung, die kaum größer hätte sein können. Verheerende Hitzewellen und Dürreperioden, riesige Waldbrände in Brasilien, Kanada, Sibirien und Grönland sowie zuletzt die katastrophalen Brände in Australien machten das Klimathema aktueller als je zuvor und hielten es konstant in den Schlagzeilen der medialen Berichterstattung. Greta Thunberg und die Fridays for Future-Bewegung politisierten unzählige Schüler*innen und Jugendliche, denen gerade noch nachgesagt worden war, politisch desinteressiert und apathisch zu sein. Die jungen Aktivist*innen fanden schneller denn je und bis an die höchsten politischen Stellen Gehör. Sie gingen hart mit der Generation ihrer Eltern ins Gericht, deren *neue soziale Bewegungen* das Umwelt-, Klima- und Nachhaltigkeitsthema zwar einst auf die politische Tagesordnung gesetzt, dann aber durch ihre konsumorientierten Lebensstile und ihre zögerliche Politik den folgenden Generationen die Zukunft verheizt hatten. Von der Politik forderte die neue Bewegung jetzt, dass sie die Erkenntnisse und Empfehlungen der

Klimawissenschaft unverzüglich und strikt umsetzen müsse; und verbreitet weckte sie große Hoffnungen, dass es mit der sozial-ökologischen Transformation nun endlich ernsthaft vorangehen würde.

Die überwältigende Mobilisierung und Politisierung führte sogar dazu, dass das Europäische Parlament im November 2019 den Klimanotstand ausrief. Gegen Ende des Jahres erschien die neue Klimabewegung dann etwas erschöpft - und gerade in Deutschland auch tief enttäuscht sowohl vom sogenannten *Klimapaket* der deutschen Bundesregierung als auch vom ergebnislosen UN Klimagipfel in Madrid. Sie schien zudem festgefahren in einer unglücklichen Polarisierung zwischen ihren Unterstützer*innen und polemisch-aggressiven Gegenbewegungen, deren Formierung sie selbst provoziert hatte. Es fehlte eine strategische Perspektive und nicht wenige Beobachter*innen beschlich das Gefühl, dass der Mobilisierungszyklus sich seinem Ende zuneigen könnte - als unvermittelt der Corona-Notstand hereinbrach, der das Klimathema völlig überlagerte und die Mobilisierung, nicht zuletzt im *social distancing*, zunächst weitgehend erstickte. Gleichzeitig rückte die Corona-Krise allerdings in völlig neuer Weise Themen ins Zentrum, die auch für die Nachhaltigkeitsforschung und die Klimabewegungen einen hohen Stellenwert haben. Zwar macht die Pandemie nichts grundsätzlich Neues sichtbar, sie ruft aber bereits Bekanntes mit neuer Vehemenz in Erinnerung - wie etwa die soziale Zerstörungskraft des Neoliberalismus oder die Tatsache, dass die am wenigsten privilegierten sozialen Gruppen immer am stärksten von Krisen betroffen sind. Sie beleuchtet diese Dinge aus einer anderen Perspektive, setzt sie in einen anderen Kontext und schafft mit der radikalen Denormalisierung der alltäglichen Praxis und gesellschaftlichen Verhältnisse vielleicht tatsächlich eine Chance zu einer wirklich transformativen Repolitisierung.

Denn angesichts der fortschreitenden Erderwärmung steht kaum zu erwarten, dass sich die große Klimamobilisierung einfach in Nichts auflösen wird. Politiker, Unternehmen und Institutionen können auch im Zeichen der Pandemie von ihren vor-coronalen Klimabekanntnissen nicht vollständig abrücken. Und es könnte durchaus sein, dass das Corona-Virus die Nachhaltigkeitsdebatte und den Transformationsdiskurs, denen bisher - und das gilt auch für Fridays for Future - immer noch etwas Abstraktes und Bildungsbürgerlich-Elitäres anhaftete, geradezu gewaltsam erdet und in eine für alle nachvollziehbar *soziale* Frage übersetzt. Der virale Notstand rückt - zusammen mit der älteren Generation - gerade die prekären und flexibilisierten Unterschichten ins Zentrum und schafft Raum für neue Koalitionen, die die bestehende Ordnung der Nicht-Nachhaltigkeit - inklusive der gesellschaftlichen Spaltung, die sie derzeit noch stabilisiert - aus den Angeln heben könnten. Solche Koalitionen sind der einzige Weg für eine demokratische Transformation zur Nachhaltigkeit. Für ihre Herausbildung zeichnete sich bisher aber keine realistische Perspektive ab - ungeachtet aller Postwachstumsbewegungen und sozial-ökologischen Nischeninitiativen und trotz des von so vielen gesellschaftlichen Akteuren gepflegten Bekenntnisses zur Nachhaltigkeit. Doch das Virus stellt vieles neu zur Diskussion und schafft damit eine vielleicht einmalig günstige Gelegenheit, die grundlegende Erschütterung

bisher für unumstößlich gehaltener Glaubenssätze, Praktiken und Prioritäten – mit neuen Akteurskoalitionen – für genau die sozial-ökologische Transformation der Gesellschaft zu nutzen, die trotz ihrer anerkannten Dringlichkeit bisher eben nicht umsetzbar schien.

Ein Indiz dafür, dass eine solche Transformation jetzt vielleicht tatsächlich möglich werden könnte, ist vor allem, dass der Corona-Notstand die Doktrin des Marktliberalismus bis in die Grundfesten erschüttert, und zwar weltweit. Nach einer langen Phase der Entpolitisierung und Post-Politik bringt das Virus eine radikale Denormalisierung, die zu einer Neuverhandlung vieler schon lange nicht mehr zur Debatte stehender Glaubenssätze nicht nur die Gelegenheit gibt, sondern sie geradezu erzwingt. Gerade in den Vorreiterstaaten des Neoliberalismus wie Großbritannien und den USA sowie bei den Opfern der Troika-Spardiktate nach der Finanzkrise wie Italien oder Spanien zeigt sich die verheerende Wirkung dieser Ideologie nun besonders deutlich. Sie wird nicht nur in der Unfähigkeit der unterfinanzierten öffentlichen Gesundheitssysteme und der ausgezeherten sozialstaatlichen Infrastruktur erkennbar, die Bürger*innen vor den gesundheitlichen und ökonomischen Risiken der Pandemie zu schützen. Sie zeigt sich auch in der Zerstörung der demokratischen Institutionen, dem Zerfall der politischen Kultur und in der – direkten oder indirekten – Machtübernahme des illiberalen und exklusiven Rechtspopulismus, der im Zeichen der Krise nun allerdings vollständig versagt. Dessen Konjunktur stützte sich unter anderem auf ein neues Sicherheitsversprechen an die vielzitierten Verlierer*innen der neoliberalen Modernisierung. Doch genau die gesellschaftlichen Gruppen, die von der Politik der Flexibilisierung, Deregulierung, Privatisierung und Prekarisierung am stärksten betroffen sind, sind nun auch den Belastungen und Risiken der Pandemie besonders ausgeliefert.

Galten die Märkte noch bis vor kurzem als unantastbar, der Staat als ineffizient und inkompetent und politische Interventionen in die Wirtschaft als Teufelszeug, so wird nun von allen Seiten – auch von denen, die von der deregulierten Ökonomie am meisten profitiert haben – wie selbstverständlich Schutz und Hilfe vom Staat eingefordert. Der Markt hingegen – vor allem der globalisierte und liberalisierte – erweist sich derweil statt als der angeblich beste Mechanismus zur Verteilung öffentlicher Güter und zur Sicherung des gesamtgesellschaftlichen Wohlergehens einfach nur als besonders geeigneter Mechanismus zur Bereicherung bestimmter Teile der (globalen) Gesellschaft bei gleichzeitiger Marginalisierung und Ausbeutung anderer Teile. Und ging man bisher noch davon aus, dass die Politik in funktional ausdifferenzierten Gesellschaften nur sehr eingeschränkt koordinations- und steuerungsfähig ist, zeigte sie sich plötzlich in der Lage, Maßnahmen durchzusetzen, die noch jüngst unvorstellbar schienen. Ganz selbstverständlich stellte der Staat die individuellen Freiheitsansprüche der Bürger*innen zurück. Im Namen des Gemeinwohls forderte er Verzicht, Selbstdisziplin, Solidarität, Einsicht und Mündigkeit. Die Unterscheidung zwischen privat und öffentlich wurde plötzlich wieder durchlässig und es wurde breit anerkannt, dass das Private und Privatisierte – etwa das persönliche Reise- oder Partyverhalten – in hohem Maße

öffentlichkeitsrelevant und daher unbedingt politisch ist und der Regulierung bedarf.

Bisher wenig geachtete und schlecht bezahlte Berufsgruppen wurden auf einmal als *systemrelevant* erkannt und als *Held*innen des Alltags* gefeiert. Nicht nur im Pflegesektor, sondern auch in der Landwirtschaft wurde plötzlich die Abhängigkeit von ausländischen Billigkräften für hochproblematisch erachtet. Sogar die globalisierte Arbeitsteilung, die endlosen Zuliefer- und Transportketten sowie der internationale Massentourismus standen wieder zur Diskussion. Und verantwortliche Regierungen taten im Zeichen des Virus genau das, was sie Umweltaktivist*innen wie Greta Thunberg und Fridays for Future sonst gern als Panikmache und Hysterie vorwarfen: Sie malten wissenschaftlich gestützte Horrorszenerarien an die Wand, um die Bürger*innen zu Verhaltensänderungen zu bewegen, die anders kaum zu erreichen sind. Was im Klimanotstand eben noch unangemessen und unmöglich erschien, wurde im Corona-Notstand plötzlich legitim und notwendig. Klarer denn je wurde damit: Entgegen aller anderslautenden Bekenntnisse ging es bei der zögerlichen Umwelt- und Klimapolitik all die Jahre nie wirklich um *nicht können*, sondern ganz wesentlich auch um *nicht wollen*, also um gegenläufige Prioritäten und Präferenzen. Entsprechend wird es für die Politik in Zukunft umso schwerer werden, sich auf die Position zurückzuziehen, ihr seien hinsichtlich des Klima- und Nachhaltigkeitsnotstands letztlich die Hände gebunden. Stattdessen erhöht sich der Druck auf den Staat, eine pro-aktive, führende Rolle zu übernehmen, die sich eng an den Erkenntnissen der Klima- und Nachhaltigkeitsforschung orientiert – genau so, wie gerade die neue Klimabewegung es zuletzt bereits nachdrücklich gefordert hatte.

Hoffnungserzählungen

Es ist daher wenig verwunderlich, dass gerade in der ersten Phase der Corona-Krise von vielen Seiten große Erwartungen vorgetragen wurden. Die Hoffnungsnarrative führten nahtlos weiter, was im Feuilleton und auch von aktivistischen Nachhaltigkeitsforscher*innen zuvor über die großen Transformationspotenziale von Greta Thunberg und Fridays for Future geschrieben worden war. Auch jetzt wieder wollten viele positiv sein, Mut machen, sich konstruktiv zeigen, Unterstützung mobilisieren, Forschungsgelder akquirieren – und vor allem auf gar keinen Fall pessimistisch erscheinen. „Wir sehen, wie die Welt zusammenkommen kann, um gemeinsam gegen eine globale Bedrohung vorzugehen und um die Verletzlichen unter uns zu schützen“, hieß es etwa in einer Stellungnahme von Greenpeace. „Harnessing a new sense of solidarity, citizens of states and cities will rise to face the enormous challenges ahead such as climate change and transforming our era of historic inequality into one of economic inclusion“, schrieb Archon Fung, Professor für Politikwissenschaft an der Harvard

University.

Ganz in diesem Sinne wurde jetzt mehr Wertschätzung für die nun als *systemrelevant* eingestuften Supermarktverkäufer*innen in Aussicht gestellt, ebenso wie für die meist von Frauen und oft unbezahlt geleistete Fürsorge- und Pflegearbeit. Die Dominanz des individual-wettbewerblichen, post-gesellschaftlichen Denkens sei an ihr Ende gekommen. Von der Rückkehr der Gesellschaft jenseits von Differenzierung, Fragmentierung und Singularisierung war die Rede. Die Rekonfiguration beschleunigter und sozial-ökologisch auszehrender Lebensweisen wurde vorhergesehen. Eine Abkehr vom Massenkonsum und die Rückbesinnung auf das Einfache und Wesentliche, auf *verschüttete Werte*, seien nun denkbar. Der Abschied von der Marktgesellschaft und die Überwindung von gesellschaftlicher Spaltung und Polarisierung seien möglich, und die Solidarität habe eine ganz neue Zukunft. Massive Investitionen in öffentliche Infrastruktur, Versorgungssysteme und einen neuen *Vorsorgestaat* wurden erwartet. Eine grundlegende Aufwertung der Politik gegenüber dem Markt, von wissenschaftlichen *facts* gegenüber populistischem *fake*, und des Öffentlichen gegenüber dem Privaten zeichne sich ab. Die Pandemie, so die Hoffnung, werde wie ein *heilsamer Schock* wirken. Das Vertrauen in politische Institutionen werde zurückkehren. Der Multilateralismus und die internationale Zusammenarbeit würden wieder gestärkt. Eine gewisse Deglobalisierung, mehr Eigenständigkeit der nationalen Wirtschaften sowie eine Regionalisierung der Produktion und Märkte seien wahrscheinlich; und vor allem ein Ende der neoliberalen Hybris, dass man aus der Solidargemeinschaft aussteigen, sich entsprechender Verantwortlichkeiten entledigen und sich so exklusive Freiräume für ein gutes Leben erschließen könne.

All das war in unzähligen Titelgeschichten, Dossiers und Sonderbeilagen verschiedener Zeitungen und Magazine, in denen gerade in den ersten Wochen der Corona-Krise fast jede*r von Rang und Namen Orientierung anbot, überreichlich zu lesen. In der Summe klang das nach der umfassenden Abkehr von praktisch allem, was charakteristisch ist für das, was ich die moderne *Gesellschaft der Nicht-Nachhaltigkeit* nenne, nach einer radikalen Umkehrung des nachhaltigkeitspolitischen *Paradigmenwechsels*, der spätestens mit der Wahl von Donald Trump unübersehbar geworden ist. Eine alte Welt sei im Zeichen des Corona-Virus an ihr Ende gekommen - und eine neue werde sich nun entfalten.

Solche Erzählungen erfüllen in Situationen der akuten Krise eine wichtige Funktion: Sie spenden Trost. Die Hoffnung, dass sich all die optimistischen Prophezeiungen erfüllen mögen, ist in Situationen akuter Bedrohung groß; die Bereitschaft, ihnen zu folgen, ebenfalls. Mit Blick auf die geforderte Nachhaltigkeitswende wäre das zweifellos ein Geschenk. Aus aktivistischer Perspektive wird man daher schon aus strategischen Gründen die große Möglichkeit betonen, die in der Denormalisierung liegt, und sich bemühen, politische Unterstützung für echte Veränderungen zu mobilisieren. Dass allerdings auch Sozialwissenschaftler*innen sich zu solchen Spekulationen hinreißen lassen, ist angesichts ihrer mangelnden Begründbarkeit beschämend, vielleicht sogar

verantwortungslos und auf jeden Fall erklärungsbedürftig. Denn jenseits aller persönlichen Hoffnungen ist aus umwelt- und nachhaltigkeitssoziologischer Perspektive vor allem die Frage entscheidend: Warum sollte die sozial-ökologische Transformation gerade jetzt gelingen? Was ist mit Corona sichtbar geworden, das nicht auch vorher schon gründlich dokumentiert, erforscht und publiziert worden wäre? Welche Parameter haben sich jetzt so grundlegend geändert, dass sich die transformative Kraft nun voll entfalten könnte? Wie haben sich die politischen Gelegenheitsstrukturen verändert? Die zerstörerischen Folgen des Neoliberalismus waren schließlich längst bekannt. Ähnlich wie beim Klimawandel liegen umfassende und belastbare Daten seit langem vor, und die Analysen ihrer Implikationen sowie der absehbaren Entwicklungstrends ebenfalls.

Zudem ist die Corona-Pandemie nach der Banken-, Finanz- und Eurokrise ab 2008, der Flüchtlingskrise ab 2015 und der Klimakrise, die zumindest in der gesellschaftlichen Wahrnehmung 2019 einen vorläufigen Höhepunkt erreichte, innerhalb weniger Jahre bereits die vierte wesentliche Krise, die unsere Gesellschaften erschüttert. Und in jeder von ihnen war von katastrophalen Konsequenzen und vom Ende des Neoliberalismus die Rede, vom bevorstehenden Zusammenbruch des Kapitalismus und vom notwendigen Übergang zur demokratischen Postwachstumsgesellschaft. Immer wieder aufs Neue wurden radikales Umdenken und gesellschaftlicher Wertewandel beschworen, ebenso wie die präfigurative Politik der Pionier*innen des Wandels, die die sozial-ökologische Transformation bereits eingeleitet hätten. Ungezählte Studien beleuchteten, was ihre Autor*innen als das neue *commoning*, die wiedergefundene Solidarität, das *capacity building* für die große Transformation und Experimente mit neuen Praktiken der Nachhaltigkeit präsentierten – ganz zu schweigen von all den technologischen Innovationen, die den erhofften Kulturwandel erleichtern und beschleunigen sollten. Aber nichts von alledem war bislang in der Lage, die Logik der Nicht-Nachhaltigkeit aus den Angeln zu heben. Was also begründet die Annahme, dass es jetzt anders sein und diesmal doch gelingen könnte? Und wie lässt sich erklären, dass auch viele Sozialwissenschaftler*innen diese zentrale Frage nach dem historischen Unterschied offenbar ausblenden?

Vielleicht helfen solche Hoffnungsnarrative vor allem darüber hinweg, dass es bisher weder angesichts der sozial-ökologischen Zerstörungskraft des neoliberalen Konsumkapitalismus noch angesichts des illiberalen und demokratiefeindlichen Rechtspopulismus gelungen ist, eine Vorstellung von einer alternativen Gesellschaft zu entwerfen, die tatsächlich transformative Mobilisierungskraft entwickeln könnte. An dieser Aufgabe sind Occupy Wallstreet und seine europäischen Ableger gescheitert, obwohl sie 99 Prozent der Bevölkerung gegen nur ein Prozent auf ihrer Seite sahen. Das ist anlässlich der Flüchtlingskrise nicht gelungen, die statt einer gerechteren und solidarischen Weltgesellschaft den Weg zu ebnen, die Konjunktur des ausgrenzenden Rechtspopulismus befeuerte. Und auch die neue Klimabewegung hat mit ihrer wissenschafts- und staatszentrierten Fixierung auf das 1,5-Grad-Ziel letztlich nur wenig *alternativgesellschaftliche* Vorstellungskraft entwickelt. Immer behielt die etablierte Ordnung der Nicht-Nachhaltigkeit die

Oberhand. Immer blieb sie letztlich attraktiver. Natürlich kann man die Verantwortung für das Ausbleiben der großen Transformation einfach den globalen Konzernen und den bestehenden gesellschaftlichen Machtverhältnissen zuschreiben. Doch irgendwie scheint sich hier auch für die Bürger*innen und die sozialen Bewegungen zu bestätigen, was für die Politik nun offensichtlich ist: Es liegt nicht einfach nur am *Nicht-Können*, sondern *zumindest auch* an einem mächtigen, natürlich uneingestandenem *Nicht-Wollen*. Auf sonderbare Weise stärkten die früheren Krisen die bestehende Ordnung der Nicht-Nachhaltigkeit sogar: Die Finanz- und Eurokrise führte mit ihrer drakonischen Austeritätspolitik zu einem umfassenden Rückbau der Sozialsysteme und einer massiven gesellschaftlichen Umverteilung des Reichtums von unten nach oben. Die Flüchtlingskrise schuf mit dem Rechtspopulismus einen mächtigen politischen Akteur, der seither - gegebenenfalls aus der Opposition heraus - höchst effektiv alle Bemühungen um sozialen Ausgleich und Integration, um eine Klima- und Nachhaltigkeitswende und um internationale Solidarität verhindert. Und die neue Klimabewegung um Greta Thunberg hat, ohne es beabsichtigt und vorhergesehen zu haben, erheblich zur Verhärtung der jeweiligen Positionen von leidenschaftlichen Befürworter*innen und radikalen Gegner*innen einer effektiven Klimapolitik beigetragen - mit der absurden Konsequenz, dass sich nun ausgerechnet marktliberale Parteien wie die deutsche FDP als Schutzschild gegen die politischen Extreme und als Retter der liberalen Demokratie inszenieren.

Große Transformationen

Die Hoffnungserzählungen, die in den ersten Wochen der Corona-Krise bestimmend waren, sind also mit einiger Skepsis zu betrachten. Und die auch unter bewegungsnahen Klima- und Nachhaltigkeitsaktivist*innen gängige Beteiligung an ihrer Produktion und Verbreitung ist durchaus erklärungsbedürftig. Eine begründetere Einschätzung der gesellschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie und ihrer klima- und nachhaltigkeitspolitischen Bedeutung verlangt, die neue Krise in den größeren Kontext jener Krisen und gesellschaftlichen Transformationsprozesse einzuordnen, die bereits vor Corona bestimmend waren und die durch die Pandemie nicht einfach ausgesetzt werden. Es geht also um die Frage, wie die Pandemie mit diesen Krisen und Transformationen interagiert, sie beschleunigt, abwandelt oder vielleicht konterkariert. Zu diesen längerfristigen Entwicklungen gehören etwa die wachsende Instabilität des kapitalistischen Wirtschaftssystems, das längst schon nur noch durch massive Interventionen - etwa der Notenbanken - künstlich am Leben erhalten werden kann; die stetige Verschärfung der sozialen Ungleichheit und die zunehmende Spaltung und Polarisierung der Gesellschaft(en); der Niedergang der liberalen Demokratie und die parallele Entfaltung autokratisch-autoritärer Formen des Regierens; das Überschreiten der ökologischen Grenzen und die Destabilisierung biophysischer Systeme; und natürlich die digitale Revolution und die rasch wachsende Bedeutung

von künstlicher Intelligenz. Diese wechselseitig ineinandergreifenden, langfristigen Transformationen konditionieren die gesellschaftliche Verarbeitung der Corona-Krise. Sie definieren Pfadabhängigkeiten, die nur in beschränktem Maße durchbrochen werden können. Dort aber, wo die notstandsbedingte Denormalisierung tatsächlich Spielräume für eine Repolitisierung, Neuverhandlung und Neuordnung etablierter Arrangements eröffnet, werden nicht kurzfristige Stimmungen, tröstende Hoffnungsnarrative oder die Wiedererinnerung an *verschüttete Werte* bestimmend sein, sondern gesellschaftlich vorherrschende Wertorientierungen, Subjektivitätsideale, Freiheitsverständnisse und Vorstellungen von einem guten, erfüllten Leben, die sich ebenfalls über längere Zeiträume herausgebildet und verfestigt haben.

Bezüglich dieser kulturellen Parameter vollzieht sich bereits seit den 1990er-Jahren eine große Transformation, die unmittelbar an den Wertewandel anschließt, den Ronald Inglehart und andere seit den 1970er-Jahren in post-industriellen Gesellschaften als *stille Revolution* beschrieben haben. Aus verschiedenen Perspektiven wurde dieser erneute grundlegende Werte- und Kulturwandel unter anderem als Übergang zur *Erlebnisgesellschaft* (Schulze), als *Zeitalter der Trennungen* (Bauman), als *Begräbnis der Aufklärung* (Guérot) oder jüngst als *Ende der Illusionen* (Reckwitz) adressiert. Ich selbst habe von einer *Emanzipation zweiter Ordnung* gesprochen, mit der moderne Bürger*innen sich der Pflichten, Verantwortlichkeiten und Mündigkeit des Aufklärungsdenkens entledigen, um so die eigene Position in verschiedenen Wettbewerbsfeldern zu optimieren und sich gleichzeitig neue Freiräume zur Selbstverwirklichung zu erschließen. Aus gesellschaftstheoretischer Perspektive habe ich anknüpfend an Ulrich Becks Unterscheidung einer *ersten* und einer *zweiten* Moderne die Entfaltung einer *dritten Moderne* beschrieben, die sich nicht mehr um die Verwirklichung all dessen bemüht, was in der aufklärerischen Norm des *autonomen Subjekts* enthalten ist, sondern sich - radikalisiert im Zeichen der digitalen Revolution - von genau dieser Norm verabschiedet beziehungsweise sie völlig neu ausbuchstabiert. Nachhaltigkeitspolitisch lässt sich dieser Werte- und Kulturwandel als der Übergang zur *Gesellschaft* und *Politik der Nicht-Nachhaltigkeit* fassen, deren unterscheidendes Merkmal darin besteht, dass die Bürger*innen der westlichen Überflusgesellschaften mit aller Entschiedenheit verteidigen, was sie als *ihre unantastbare Freiheit, ihre Werte und ihren Lebensstil* bezeichnen, und zwar im vollen Bewusstsein der verheerenden ökologischen und sozialen Konsequenzen ihrer auf Ressourcenverschwendung, sozialer Ungleichheit und Exklusion beruhenden Lebensweise.

Verschiedene Beobachter haben in diesem Zusammenhang vom Mainstreaming der *imperialen Lebensweise* (Brand und Wissen) und der *Externalisierungsgesellschaft* (Lessenich) gesprochen. Umwelt- und nachhaltigkeitspolitisch bedeutet dieser Werte- und Kulturwandel einen Paradigmenwechsel, der mit Donald Trumps offener Aufkündigung der globalen Klimapolitik und seinem Bekenntnis zu *America First* seinen deutlichsten Ausdruck gefunden hat. Allerdings ist dieser Paradigmenwechsel keineswegs auf rechtspopulistische Akteure beschränkt.

Vielmehr wird er von einer breiten Allianz verschiedenster gesellschaftlicher Gruppen – einem immer weniger *stillen post-ökologischen Verteidigungskonsens* – getragen und mehrheitsdemokratisch legitimiert. Diese große Transformation der vorherrschenden Subjektivitätsideale, Freiheitsverständnisse und Wertepräferenzen ist ihrerseits eng verbunden mit den großen Transformationen in anderen gesellschaftlichen Bereichen. Vielleicht ist sie nur der Spiegel der ökonomisch-technologischen Transformation. In jedem Fall aber ist davon auszugehen, dass genau diese vorherrschenden Wertepräferenzen, dieser post-ökologische Verteidigungskonsens, zum Tragen kommen, wo immer der Corona-Notstand etablierte Arrangements aufbricht und zur Neuverhandlung freigibt. In der soziologischen Literatur wird dieser Werte- und Kulturwandel zwar breit beschrieben und debattiert, in den post-coronalen Hoffnungsnarrativen aber wird er vollständig ignoriert; oder es wird eben schlicht gehofft, dass die Pandemie diese große Transformation nun einfach aussetzen und umkehren wird.

Simulative Politik

In diesen Kontext großer Transformationen schreibt sich die Corona-Pandemie ein. Ein klares Verständnis dieses Kontextes bildet daher die unbedingte Voraussetzung dafür, dass das unerwartete, klima- und nachhaltigkeitspolitische Gelegenheitsfenster, das die Pandemie vielleicht öffnet, bestmöglich genutzt werden kann. Es ist zudem essentiell, weil nicht nur ökologisch-demokratische Akteure derartige Gelegenheitsfenster bemerken und zu nutzen versuchen, sondern auch ihre Gegenspieler, die die bestehende Ordnung der Nicht-Nachhaltigkeit weiter verfestigen wollen. Sozialwissenschaftlich gesehen ermöglicht ein klares Verständnis dieses gegenwartshistorischen Kontextes erstens eine sehr viel besser begründete Einschätzung der nachhaltigkeitspolitischen Auswirkungen der Corona-Krise; zweitens eröffnet es auch eine neue Perspektive auf die vor-coronalen Repolitisierungsdiskurse der neuen Klimabewegung, auf die irritierend überschwänglichen Hoffnungsnarrative der ersten Krisenphase, auf die entschiedene Corona-Politik vieler Regierungen sowie auf die jetzt zunehmend laute Kritik an dieser Politik.

Wesentlich ist dabei der für moderne Bürger*innen und Gesellschaften charakteristische, tief empfundene innere Widerspruch zwischen der moralischen Kritik und Ablehnung des beschriebenen Werte- und Kulturwandels und seiner gleichzeitigen Umarmung als zeitgemäße Neuformulierung und Weiterführung des progressiv-emanzipatorischen Projekts – das jetzt eben nicht mehr egalitär, ökologisch, demokratisch und inklusiv verstanden wird, sondern unverhohlen exklusiv. Und genau hier liegt der neuralgische Punkt: Schon die Flüchtlingskrise hatte deutlich gemacht, wie fest und notwendig die Freiheitsverständnisse, Selbstverwirklichungsformen und Lebensstile, die große Teile moderner Gesellschaften für sich in Anspruch nehmen und als unverhandelbar betrachten,

*zwischen*gesellschaftlich auf der Ausbeutung, Ungleichheit und Exklusion großer sozialer Gruppen beruhen. Der Corona-Notstand exponiert nun auf unerträgliche Weise, in welchem Ausmaß das auch *innergesellschaftlich* der Fall ist. Wenn nun von *systemrelevanten* Berufen und Dienstleister*innen die Rede ist, die weder angemessen bezahlt noch gesellschaftlich gewürdigt werden, und die in unsicheren Anstellungsverhältnissen und unter inakzeptablen Arbeitsbedingungen ihren Lebensunterhalt verdienen müssen, dann wird dabei diskursiv überspielt, dass diese Verhältnisse nicht zufällig und gleichsam *aus Versehen* entstanden sind. Vielmehr ist der prekarierte und flexibilisierte Niedriglohnsektor ebenso wie die jetzt bedrohte Welt der *Ich-AGs* und *Solo-Selbstständigen* bekanntlich gezielt geschaffen worden, so wie auch der Abbau der wohlfahrtstaatlichen Sicherung systematisch betrieben worden ist. Damit sollten die Wettbewerbsfähigkeit, Profitabilität und Renditen gesichert, die Staatsausgaben gesenkt und weitere Steuererleichterungen ermöglicht werden - von denen die weniger privilegierten Teile der Gesellschaft in der Regel nicht profitiert haben. Das System und diejenigen, denen es zu Wohlstand und Reichtum verhilft, betreiben und schüren die Ungleichheit und Exklusion der *Systemrelevanten* also systematisch. Die sogenannte Effizienz, Produktivität und Profitabilität des Systems beruht auf eben dieser Ungleichheit und Exklusion. Sie sind für das System und das gute Leben derer, die von ihm profitieren, konstitutiv. Unterbezahlung, Ausbeutung, Ungleichheit und Exklusion sind also nicht weniger *systemrelevant* als die Berufsgruppen, die im Zeichen des Virus so bezeichnet werden. Das Gleiche gilt für die Globalisierung der Märkte, die internationale Arbeitsteilung, die Beschleunigung und die Entsolidarisierung. Schon ihre vorsichtige Korrektur, ganz zu schweigen von ihrer etwaigen Umkehrung, würde nicht nur das Wirtschaftssystem, sondern die gesamte Ordnung und Lebensweise moderner Gesellschaften auf den Kopf stellen.

Folglich sind die Versprechungen, dass die jetzt als *Held*innen des Alltags* Titulierten in Zukunft angemessen bezahlt und ihre Arbeitsverhältnisse nennenswert verbessert würden, wenig glaubwürdig. Genau genommen ist das Bekenntnis, den *systemrelevanten* Gruppen nun eine wirklich angemessene Wertschätzung zuteilwerden zu lassen, ein Ding der Unmöglichkeit - solange moderne Gesellschaften weiterhin mit aller Entschiedenheit verteidigen, was sie pathetisch als *unsere Freiheit, unsere Werte und unseren Lebensstil* bezeichnen. Ebenso unwahrscheinlich sind auch die in Aussicht gestellte neue Solidarität oder eine nennenswerte Entschleunigung. Denn diese Freiheit, diese Werte und dieser Lebensstil beruhen wesentlich auf den Prinzipien der Entsolidarisierung, der Ausbeutung, der Exklusion und auch der immer weiteren Beschleunigung.

So betrachtet handelt es sich beim Corona-Notstand um weit mehr als um eine Krise der öffentlichen Gesundheit. Es wird vielmehr eine sozialpsychologische Pathologie deutlich, eine nachhaltigkeitpolitische Dissonanz: Corona zerrt den Widerspruch zwischen *Weiter so auf keinen Fall!* und *Weiter so um jeden Preis!* ans Licht und repolitisiert ihn. Im Zeichen des Virus erleben moderne Gesellschaften den zumindest temporären Zusammenbruch der Strategien, mit denen dieser

Widerspruch sonst gesellschaftlich erträglich gehalten wird. Aus soziologischer und sozialpsychologischer Sicht müssen die blühenden Hoffnungsnarrative der ersten Krisenphase daher wohl vor allem als Bewältigungsdiskurse verstanden werden, die nicht etwa einer zukünftigen Transformation der Gesellschaft vorgreifen, sondern vielmehr den Fortbestand der bestehenden Ordnung ermöglichen. Sie bearbeiten die grundlegende Inkompatibilität zwischen sorgfältig gepflegten Selbstbeschreibungen und Selbstverständnissen moderner Gesellschaften und ihren völlig gegenläufigen, aber nicht zur Disposition stehenden Wertepreferenzen, Lebensstilen und Selbstverwirklichungsmustern.

In diesem Sinne ist der Corona-Notstand weniger die Stunde der großen Transformation als die der symbolischen oder genauer: der *simulativen* Politik. In diese Kategorie fallen das Prädikat *systemrelevant*, der Applaus für die *Held*innen des Alltags*, die einmalige Sonderzulage für bestimmte Berufsgruppen, die Handvoll Intensivbetten für Corona-Patient*innen aus dem Ausland oder die Aufnahme einiger Flüchtlingskinder aus dem überfüllten Lager auf Lesbos. Bei all dem handelt es sich nicht um symbolische Politik im hergebrachten Sinne einer strategischen Täuschung der Massen durch selbstinteressierte Eliten, sondern um *simulative* Politik. Sie zielt, wie ich an anderen Stellen gründlicher ausgeführt habe, eher auf kollektive Selbsttäuschung, darauf, bestimmte Selbstverständnisse und Wertorientierungen praktisch erlebbar zu machen, ohne deshalb die gegenläufigen Präferenzen – eben *unsere Freiheit, unsere Werte und unseren Lebensstil* – auch nur ernsthaft infrage zu stellen, geschweige denn aufzugeben. Für die Ordnung und Gesellschaft der Nicht-Nachhaltigkeit ist diese Form simulativer Politik ebenso systemrelevant wie die jetzt in den Blick rückenden *Held*innen des Alltags* und deren systematische Unterbezahlung.

Entgegen dem Selbstverständnis ihrer Protagonist*innen ließe sich auch die mit großem moralischen Pathos – *How dare you!* – auftretende neue Klimabewegung instruktiv als Erscheinungsform simulativer Politik lesen. In mancherlei Hinsicht erschien die Bewegung wie eine Wiedergängerin aus dem radikalökologischen Milieu der frühen 1980er-Jahre. Mit ihrem bürgerlich-elitären Charakter, ihrer Fixierung auf Wissenschaft und Staat sowie ihrem konventionellen, auf Instrumente wie die CO₂-Bepreisung gerichteten Politikverständnis bestätigte sie recht genau, was Niklas Luhmann bereits damals über die Umweltbewegungen schrieb: Dass die *Alternativen letztlich ohne Alternative* seien und den Konflikt ins Moralische verlagerten, wo er in modernen Gesellschaften ganz sicher nicht gelöst werden könne. Noch sehr viel stärker trifft diese Beschreibung auf die unhaltbaren, aber tröstenden Hoffnungserzählungen zu, die in der frühen Phase der Corona-Krise Konjunktur hatten. Und noch eindeutiger lässt sie sich auf die ambivalente Corona-Rettungslosung anwenden, die von verschiedenen Regierungen verbreitet wurde: *Koste es, was es wolle!* Diese Losung hatte bereits der damalige EZB-Chef Mario Draghi ausgegeben, als es in der Finanzkrise darum ging, die Banken und den Euro zu retten. Insofern als es im Corona-Notstand ausdrücklich nicht bloß um die Rettung derer geht, die als *too big to fail and too big to jail* erscheinen, sondern gerade bei den Soforthilfeprogrammen vor allem um Solo-Selbstständige und

Kleinbetriebe, wurde diese Formel neu ausgelegt. Sie signalisierte einen neuen politischen Fokus auf die Prekären und Marginalisierten, eine Rückverschiebung der Priorität von Märkten auf Menschen, und markierte damit einen klaren Bruch mit den Zielen früherer Rettungsschirme. In letzter Konsequenz sind aber auch die aktuellen Hilfsmaßnahmen darauf ausgerichtet, die bestehende kapitalistische Ordnung als Ganze zu stabilisieren – und die Repolitisierung der ihr zugrunde liegenden Prinzipien unter Kontrolle zu halten. Die Hilfspakete fungieren gewissermaßen als der materielle Gegenpart zur psychologischen Beruhigung durch die Hoffnungserzählungen der großen Transformation. Sie werden bereitgestellt und verteilt von genau den politischen Eliten, die zuvor die neoliberale Transformation und die Austeritätspolitik betrieben haben. Entsprechend steht zwar zu erwarten, dass der Corona-Notstand zumindest in einigen Bereichen Verbesserungen der sozialen Absicherung und öffentlichen Versorgung nach sich ziehen wird. Weitergehende Maßnahmen, die tatsächlich geeignet wären, die Logik der Nicht-Nachhaltigkeit zu suspendieren, sind aber kaum wahrscheinlich.

Die doppeldeutige Losung *Koste es, was es wolle!* impliziert eben auch ein *Weiter so um jeden Preis!* Diese Lesart bestätigt sich nicht zuletzt in den Bemühungen um eine möglichst sofortige Rückkehr zur Normalität, in den Forderungen nach einer umgehenden Wiederherstellung der vorübergehend eingeschränkten persönlichen Freiheiten und in der lauter und teilweise auch schriller werdenden Kritik derer, die das Vorgehen vieler Regierungen nun als hysterisch und unangemessen bezeichnen. Dass genau diese Normalität und diese Verständnisse von Freiheit – gerade in Bezug auf die imperiale Lebensweise und die auf Exklusion beruhenden Selbstbereicherungs- und Selbstverwirklichungsformen – schon seit Jahren von Umweltbewegungen und der Klima- und Nachhaltigkeitsforschung als völlig unhaltbar, katastrophal und unbedingt transformationsbedürftig kritisiert werden, klingt in diesen Forderungen und Diskussionen nicht mehr mit. Dass zuletzt sogar das Europäische Parlament genau diese vor-coronale Normalität ihrerseits als Notstand bezeichnet hatte, und dass statt einer *Renormalisierung* nun also eigentlich ein tiefgreifender Umbau der Wirtschaft und eine umfassende Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums geboten wären, ebenso wie eine neue, sozial und ökologisch wertschätzende Bepreisung aller Konsumgüter und eine grundlegende Neuverhandlung der Freiheitsverständnisse und Berechtigungsansprüche, die gerade von privilegierten Teilen der Gesellschaft für selbstverständlich erachtet werden, ist hier schon wieder vollständig vergessen. Konjunkturprogramme, Investitionspakete, Steuersenkungen und Spardiktate werden absehbar folgen. Sicher wird man sich bemühen, dabei auch Aspekte der Nachhaltigkeit zu berücksichtigen, aber im Wesentlichen dürfte es darum gehen, ein weiteres Mal Wachstum und Konsum anzukurbeln. Das derzeitige Überangebot an billigem Rohöl wird dabei sicher eine wichtige Rolle spielen. Erneute Unterstützungen für die Luftfahrt-, Auto- und Agrarindustrie sowie das Aussetzen beziehungsweise Aufschieben bereits beschlossener umwelt- und klimapolitischer Maßnahmen deuten kaum auf den Anbruch einer neuen Welt nach Corona. Sie erscheinen vielmehr als der Versuch, ein weiteres Mal die alten Rezepte wiederzubeleben, die eigentlich längst totgesagt waren.

So steht zu befürchten, dass der Corona-Notstand nicht zu einer sozial-ökologischen Transformation führen, sondern in eine weitere Periode *gekaufter Zeit* (Streeck) münden wird. Denormalisierung und Repolitisierung sind eben keine Einbahnstraße: Ebenso wie Corona ein Gelegenheitsfenster für eine progressive Politik der Nachhaltigkeit bieten könnte, ist der Notstand auch eins für die Befestigung der Ökonomie und Gesellschaft der Nicht-Nachhaltigkeit. Und entgegen aller wohlmeinenden Verlautbarungen könnten die Zeche am Ende ein weiteres Mal diejenigen zahlen, die schon die Leidtragenden des Neoliberalismus waren und die durch die gigantischen Belastungen der Corona-Schulden dann endgültig um ihre Zukunftsperspektiven gebracht werden. Tatsächlich ist dieses Szenario sehr viel wahrscheinlicher als die Prophezeiungen der Hoffnungsnarrative: Corona als Treibsatz für einen gesellschaftlichen Strukturwandel, der die Prinzipien der Nicht-Nachhaltigkeit noch fester verankert als zuvor. Und dieses Szenario würde Öl ins Feuer des Rechtspopulismus gießen, der im Moment zwar nichts Konstruktives zur Krisenbewältigung beizutragen hat, dessen Agenten aber bereits dabei sind, die Corona-Verlierer*innen einzusammeln. Tatsächlich ist eine erfolgreiche Mobilisierung von rechts auch deswegen zu erwarten, weil die Corona-Pandemie den Zusammenbruch ganzer Wirtschaften und Staaten bewirken könnte, samt den gewaltsamen Konflikten und Migrationswellen, die mit Formen der Destabilisierung in einem solchen Ausmaß für gewöhnlich einhergehen. Dem Projekt der demokratischen, sozial-ökologischen Transformation würde das vielleicht endgültig den Garaus machen. Und zumindest bisher hätten die emanzipatorischen Bewegungen dem nicht viel entgegensetzen.

Soziologie der Nicht-Nachhaltigkeit

Rückblickend wird man die Corona-Pandemie vor allem in Europa vielleicht einmal als das entscheidende Scharnier zwischen einer derzeit gerade vergehenden alten und einer sich entfaltenden neuen Epoche sehen. Auch globalgesellschaftlich könnte sie sich als Katalysator und Beschleuniger für einen Umbruch, eine große Transformation, erweisen, die zwar längst vorher begonnen hatte, die aber mit der Pandemie eine ganz neue Durchschlagskraft gewann. Rückwärtsgewandt lebt in den simulativen Corona-Diskursen noch einmal das Programm der *zweiten Moderne* und der ökologisch-demokratischen Bewegungen wieder auf, das darauf zielte, die Schäden der industriellen Moderne zu reparieren und die bisher unerfüllten Versprechen von Freiheit, Gleichheit, Würde und mündiger Selbstbestimmung endlich einzulösen. In diesem Sinne ist wohl die romantisierende Corona-Rede von *verschütteten Werten*, neuer Achtsamkeit und zukünftiger Solidarität zu interpretieren. Richtet man den Blick hingegen nach vorn, ist die Pandemie ein Turbo für die digitale Revolution, eine weitere Beschleunigung der Gesellschaft sowie die Ausweitung der innergesellschaftlichen und zwischengesellschaftlichen sozialen Ungleichheit. Auch die Aushöhlung der universalen Menschenrechte und der liberalen Demokratie durch autokratisch-expertokratische beziehungsweise

algorithmengesteuerte Formen der öffentlichen Verwaltung und eine post-ökologische Neuordnung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse werden schon deutlich erkennbar. Corona wäre also gewissermaßen die Schnittstelle zur *dritten Moderne*, in der *die Gesellschaft der Nicht-Nachhaltigkeit ihre politische Form findet*.^[1]

Im Zeichen des Virus wird es daher wichtiger denn je, der etablierten Umweltsoziologie und Nachhaltigkeitsforschung eine spezielle Soziologie der Nicht-Nachhaltigkeit zur Seite zu stellen. Sie kann und soll die etablierte Umweltsoziologie nicht ablösen, muss sie aber in wichtigen Bereichen ergänzen. Sie dreht sich um die Frage, wie die Gesellschaft der Nicht-Nachhaltigkeit sich stabilisiert und warum die sozial-ökologische Transformation nicht stattfindet. Ihre besondere Dringlichkeit ergibt sich in der gegenwärtigen Konstellation daraus, dass moderne Gesellschaften nach den Erkenntnissen der Klimawissenschaft ohnehin nur ein sehr kurzes Zeitfenster hatten, um eine katastrophale Erderwärmung zu verhindern und eine sozial-ökologische Transformation einzuleiten. Dieses Zeitfenster wurde in den vergangenen Jahren nicht konstruktiv genutzt, und die Corona-Pandemie könnte nun sehr leicht dazu führen, dass es endgültig ungenutzt bleibt. Gerade vor diesem Hintergrund muss die Soziologie der Nicht-Nachhaltigkeit sichtbar machen, welche Parameter in der notstandsbedingten Repolitisierung und Neuverhandlung hergebrachter Arrangements, Praktiken und Glaubenssätze bestimmend sind.

Bezüglich der Herrschaftsstrukturen und Machtverhältnisse hat die kritische Soziologie viel geleistet, was die Umweltsoziologie aufnehmen kann. In Bereichen wie der Gesellschaftstheorie und der politischen Kultur, das heißt der sich verändernden Wertepreferenzen, Identitätsideale, Subjektivitätsbegriffe, Selbstverwirklichungsmuster oder Vorstellungen von Freiheit und Emanzipation, hat die sozialwissenschaftliche Nachhaltigkeitsforschung aber erhebliche Defizite. Hier muss die Soziologie der Nicht-Nachhaltigkeit noch viel gründlicher ausleuchten, warum eine sozial-ökologische Transformation bisher noch nicht stattgefunden hat - und auch im Zeichen des Virus nicht sonderlich wahrscheinlich ist. Insbesondere muss sie sichtbar machen, dass die Ordnung der Nicht-Nachhaltigkeit sich längst nicht mehr allein auf die Macht der Eliten und die Repressionskräfte des Kapitalismus stützt, sondern eine breite gesellschaftliche Zustimmung findet und mehrheitsdemokratisch legitimiert ist. Darüber hinaus muss die Soziologie der Nicht-Nachhaltigkeit sich sehr viel ausführlicher mit den Mechanismen und Praktiken befassen, mit deren Hilfe die Spannung zwischen sorgsam gepflegten Selbstbeschreibungen auf der einen Seite und der eisern verteidigten Nicht-Nachhaltigkeit auf der anderen Seite gesellschaftlich erträglich gemacht wird. Denn diese Praktiken sind eben ein konstitutiver Teil der Politik der Nicht-Nachhaltigkeit.

Dass eine Soziologie der Nicht-Nachhaltigkeit auch Abwehrreaktionen auslöst, versteht sich von selbst. Wenn grundlegende Annahmen der kritischen Soziologie und der aktivistischen Bewegungsnarrative ihrerseits kritisch zur Diskussion

gestellt werden, können solche Reaktionen nicht ausbleiben. Der Verdacht etwa, dass die vielfältigen Lösungs- und Hoffnungsdiskurse möglicherweise selbst einen Beitrag zur Stabilisierung der Nicht-Nachhaltigkeit leisten; der Zweifel an den in der Nachhaltigkeitsdebatte immer noch verbreiteten Entfremdungs- und Befreiungstheoremen; oder der Fokus auf die sich oft als besonders umweltbewusst verstehende bürgerliche Mittelklasse als wesentliche Akteurin der Nicht-Nachhaltigkeit sind für die jeweils Angesprochenen natürlich schwer verdaulich. Gegenüber allzu vorschnellen Einwänden ist aber zu betonen, dass die Kritik an den gängigen Lösungs- und Hoffnungsdiskursen weder *pessimistisch* noch politisch *unkonstruktiv* ist. Ebenso wenig kann die Kritik an den entgrenzten Freiheitsverständnissen, die in Teilen der Gesellschaft gepflegt werden, als *anti-emanzipatorisch* bezeichnet werden. Die Analyse sich verändernder Subjektivitätsverständnisse und ihrer nachhaltigkeitspolitischen Implikationen hat auch nichts mit romantisierendem *Kulturkonservatismus* zu tun; ebenso wie die Diagnose konsumbasierter Selbstverwirklichungsmuster längst noch kein Plädoyer für *Askese* bedeutet. Und erst recht ist die Untersuchung der nachhaltigkeitspolitischen Schwächen bestimmter Verständnisse von Demokratie nicht sogleich *anti-demokratisch* oder gleichzusetzen mit der Fürsprache für autokratische oder gar autoritäre Ansätze.

All das sind in vielfältigen Gesprächen und Diskussionsrunden zur Gesellschaft und Politik der Nicht-Nachhaltigkeit immer wiederkehrende Vorwürfe und Argumentationsmuster. Gerade diese vereinfachenden Gegenüberstellungen sind aber nicht nur schlicht falsch; letztlich wirken sie auch als ein rhetorisches Instrument, das die kritische Analyse in verfälschende Dualismen zuspitzt und damit politisch neutralisiert. Sie schütten jeweils das Kind mit dem Bade aus und festigen so – beabsichtigt oder nicht – ihrerseits die Politik der Nicht-Nachhaltigkeit. Einige meinten, in der Analyse der nachhaltigen Nicht-Nachhaltigkeit sogar die Rhetorik der Reaktion (Hirschman) erkennen zu können. Dieser Verdacht ist blanker Unsinn. Wenn er aber doch aufkommt, ist es umso wichtiger, abschließend noch einmal klarzustellen, dass eine Soziologie der Nicht-Nachhaltigkeit hergebrachte Annahmen und Narrative, die in wesentlichen Teilen der Nachhaltigkeitsliteratur gepflegt werden, ausschließlich mit dem Ziel in Frage stellt, zu prüfen, ob und wie sie vielleicht selbst zur Stabilisierung der nachhaltigen Nicht-Nachhaltigkeit beitragen. Letztlich geht es darum, die Agenda der kritischen Soziologie fortzusetzen, die Politik der Nicht-Nachhaltigkeit vielleicht doch noch zu durchbrechen und die Möglichkeiten ihrer Repolitisierung voll auszuschöpfen. Neue Koalitionen für eine demokratische Transformation zur Nachhaltigkeit zu schmieden, ist im Zeichen des Virus vielleicht schwieriger denn je, aber es ist ganz sicher auch dringender denn je. Inwieweit das gelingt, entscheidet sich in den politischen Kämpfen, die sich nach dem Zerfall der anfänglichen coronalen Einigkeit jetzt voll entfalten. Sie dürften sehr viel heftiger werden als die Polarisierung zwischen der neuen Klimabewegung und ihren radikalen Gegnern, die sich bereits vor Corona abzeichnete. Und sie werden die politische Debatte wohl noch auf Jahre hinaus bestimmen.

Fußnoten

[1] Vgl. Ingolfur Blühdorn, Nicht-Nachhaltigkeit auf der Suche nach einer politischen Form. Konturen der demokratischen Postwachstumsgesellschaft, in: Berliner Journal für Soziologie 28 (2018), 1-2, S. 151-180.